

Antragsbereich I / **Antrag I4**

**AntragstellerInnen:** SPD-UB Bad Tölz-  
Wolfratshausen

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag  
Landesvorstand

**Empfehlung der Antragskommission:** Material zu LAT1

**I4: Mobilisierung der Demokratie. Handlungsfähiger Staat - soziale Gerechtigkeit - Demokratie - Solidarität**

(Impuls für eine politische Offensive der Bayern-SPD:  
Blick nach vorn statt zurück im Zorn)

5

10 Es gehört zum Standard in den aktuellen Kommentaren zur politischen Lage: Demokratie, Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt - alles ist in höchster Gefahr. Auch der Freistaat Bayern rückt unter Führung von CSU, Freien Wählern und AfD nach rechts.

15

Anstatt über die täglichen Symptome wollen wir über Ursachen und Lösungen diskutieren und entscheiden. Die Sozialdemokratie muss wieder den Mut fassen, die Widersprüche und Aufgaben unserer  
20 Zeit klar zu benennen und um Mehrheiten für die notwendigen Veränderungen zu kämpfen.

Dazu gehört es, die Landespolitik und die Arbeit der BayernSPD in den Zusammenhang der bundes-

25 weiten und internationalen Entwicklung zu stellen.  
Das haben die Wähler\*innen bei der Landtagswahl  
getan, und bei den bevorstehenden Europa- und  
Bundestagswahlen versteht es sich von selbst. Erfolgreiche sozialdemokratische Politik in Bayern kann nie  
30 nur Landes- oder Kommunalpolitik sein. Nur wenn  
sich die Zustimmung zur SPD insgesamt verbessert,  
steigen unsere Chancen für Erfolge bei der Kommunalwahl 2026.

35

Die Wahlerfolge der AfD und der politische Rechtsruck  
in vielen Staaten der Welt haben Millionen Menschen  
in Deutschland für die Demokratie und gegen Hetze  
40 und Spaltung auf die Straßen und Plätze gebracht.  
Es ist die Pflicht und Chance der Sozialdemokratie -  
gerade in Bayern - diese Entwicklung nicht verpuffen  
zu lassen, sondern ein attraktives Angebot für die  
inhaltliche Füllung des Rufes nach Zusammenhalt  
45 und Mitwirkung zu entwickeln, inhaltlich wie organisatorisch.

Zur Belebung der Demokratie in allen Lebensbereichen kann der Freistaat einiges beitragen: in der  
50 Bildungspolitik, in der Kommunalpolitik, im Öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft, bei der Gestaltung  
der Transformation, bei der Rückführung öffentlicher Dienstleistungen in die öffentliche Hand....  
Echte Mitbestimmung für Schüler\*innen, Einführung  
55 und Ausbau des Sozialkunde- Unterrichts und der politischen Erwachsenenbildung, Kita-Eltern auf  
Landesebene, Ent-Hierarchisierung der Kommunalpolitik, Mitbestimmung bei der Regional- und

Energieplanung, Verkürzung der Wahlperiode in den  
60 Kommunen, Jugendparlamente verpflichtend, Mitbestimmung von Arbeitenden und Gewerkschaften bei der Transformation der Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge in öffentliche Hände wie beispielsweise Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ver- und Entsorgung sind nur einige Beispiele aus traditionellen  
65 Forderungen der BayernSPD, die es in einem Konzept „**Mobilisierung der Demokratie**“ zusammenzufassen gilt.

70

Wir dürfen dabei nicht in Beliebigkeiten stecken bleiben. Demokratie ist keine leere Hülle. Sie muss mit dem Diskurs über die Situation der Menschen, ihrer  
75 Sicht der Dinge und mit Lösungsvorschlägen gefüllt werden. Dafür bieten wir in kurzen Schlagworten die im Folgenden genannten Ansätze.

80

Wir haben es mit mehreren ineinander verschränkten **Krisen** zu tun:

- Seit Mitte der 1970er Jahre befinden wir uns in  
85 einer neuen Phase der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung: das Wohlstandsmodell der Zeit nach dem Weltkrieg wurde schrittweise vom Neoliberalismus abgelöst: globale Unternehmen und superreiche Einzelpersonen befreien sich von den  
90 Verpflichtungen aus staatlicher Regulierung, von Sozialstaat, Steuern, Arbeitsbeziehungen, Rechtsetzung. Finanzmärkte ermöglichen das Abheben

95 von lokalen und regionalen Bindungen. Es läuft eine Periode **der Umverteilung des wachsenden Reichtums von unten nach oben** mit einer sich zuspitzenden **sozialen Krise**. Immer mehr Menschen erleben unsere Gesellschaft als ungerecht und zweifeln an der Demokratie.

- 100 • Auch die weltweiten Ungleichgewichte zwischen den entwickelten kapitalstarken Industrieländern und den Regionen des sogenannten globalen Südens nehmen zu. Bevölkerungsreiche und wirtschaftlich dynamische „Schwellenländer“ wie
- 105 China, Indien, Brasilien suchen Verbündete und Einflusszonen. Sie beanspruchen mit wachsendem Selbstbewusstsein Mitsprache auf der Weltbühne und lassen sich nicht westliche Normen aufzwingen. Die kapitalschwachen Länder bleiben weiter
- 110 in Abhängigkeit. Zusammen mit dem Wohlstandsgefälle zu den ehemaligen Ostblockstaaten übt das Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen in den entwickelteren Ländern aus. An den Rändern der Zonen unterschiedlichen Reichtums
- 115 entstehen immer neue Konflikte und Brandherde. Hier werden neue Mauern und Grenzen gezogen. Globale geopolitische **Krisen und Kriege um Rohstoffe, Märkte, Handelswege, territoriale Ansprüche und Einflusszonen samt weltpolitischem Einfluss** nehmen zu. Das westliche Modell von Freiheit und Demokratie büßt weltweit und im Inneren an Zustimmung ein. Der Ruf nach starker und autoritärer Führung wird lauter. Autokratien, Diktaturen und nationalistische Bewegungen
- 120 verschiedener Schattierungen sehen sich als Alternativen zu den liberalen Demokratien im Aufwind.
- 125

Auch angesichts immer neuer Verstöße gegen das Völkerrecht scheint die „Friedensdividende“ aus dem Ende des Kalten Krieges aufgezehrt. Dies  
130 wiederum setzt eine neue teure Rüstungsspirale in Gang, die erhebliche wirtschaftlichen, sozialen und ökologische Folgen nach sich zieht.

• Immer mehr wird die Endlichkeit und begrenzte  
135 Belastbarkeit der natürlichen Ressourcen, von Rohstoffen, Wasser und Klima wahrnehmbar. Die Konkurrenz der Volkswirtschaften und Staaten schwächt die Wirkung von Programmen gegen die **ökologische Krise**.

• Die Arbeitswelt unterliegt, beschleunigt durch die  
140 Pandemie, einer umfassenden **Transformation**. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter, neue Formen der Mobilität erfassen **alle Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit** von der Landwirtschaft über die Industrie bis zu Dienstleistungen und Kultur. Sie führen zu neuen Spaltungen, Abstiegen und Individualisierungen, zu Status- und Zukunftsängsten. Positive  
145 Szenarien und Chancen, um die gekämpft werden muss, haben derzeit kaum Konjunktur.

• Reichtumsgefälle, Klimawandel, zunehmende  
155 inner- und zwischenstaatliche Gewalt verursachen weltweite **Migration** und Wanderungsbewegungen, die mit nicht hinnehmbarem menschlichem Leid verbunden sind. Sie führen in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Belastungen und  
160 Verwerfungen.

- Der neoliberale Traum vom „Schlanken Staat“, die kapitalgetriebene Globalisierung, der dadurch mitverursachte Einnahmeschwund bei der Besteuerung von Kapital, die Erpressbarkeit nationaler Politik durch globale Konzerne und Investoren, erhöhter Regulierungsbedarf, steigende Reparaturkosten für die Krisenfolgen und militärische Aufrüstung **höhlen staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Handlungsspielräume aus**. Aus einer verunsicherten, mehrfach gespaltenen Gesellschaft erwachsen derzeit keine politischen Mehrheiten, die die Kraft hätten, eine Umverteilung von Macht und Geld durchzusetzen. So gerät beispielsweise die finanzpolitische Selbstfesselung Deutschlands und der EU durch diverse „Schuldenbremsen“ zur Zukunftsblockade und zum sozialen Sprengsatz. Die Pandemie und der Problemstau haben den Staat zu immer enger getakteten Maßnahmen veranlasst, die tief in Alltagsgewohnheiten und Besitzstände eingreifen. Berechtigte Kritik daran und an der immer stärker empfundenen Bürokratie muss in einen zielgerichteten Prozess der Überprüfung einmünden. Maßnahmen und Bürokratie sind an ihrer Notwendigkeit, Angemessenheit und Gerechtigkeit zu messen. Dabei geht es insbesondere um Regelungen, die den Zugang zu sozialen Leistungen erschweren, von Sonder- und Ausnahmeregelungen, die von einflussreichen Gruppen durchgesetzt wurden und um länderspezifischer Sonder- Ausnahmeregelungen, die Ausfluss eines falsch verstandenen Föderalismus sind.

- 195 • Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche  
Bewegungen, die auf solidarischem Handeln fu-  
ßen, wirken zwar teilweise in ihrem unmittelbaren  
Umfeld, verlieren aber gegenüber mächtigen  
Sonderinteressen an politischem Einfluss. Die Ver-  
200 änderungen in der **Zivilgesellschaft** verstärken die  
**Krisen der Demokratie**. Es entsteht ein Kreislauf  
von Entsolidarisierung, Radikalisierung und Rechts-  
verschiebung im gesamten gesellschaftlichen und  
politischen Spektrum.

205

In dieser Situation ist die Sozialdemokratie gefordert,  
diese tiefen Krisen zu erkennen und Antworten zu  
210 geben. Sie muss dies erst recht tun in Regierungsver-  
antwortung, in der Koalitionskompromisse mangels  
eigener Mehrheiten notwendig sind. Ausgangspunkt  
eines solchen Sofortprogramms müssen **Demokra-  
tie, Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit** sein.

215

**Wir fordern eine Mobilisierung der sozialen De-  
mokratie mit folgenden Hauptzielen:**

220

1. **Handlungsfähiger Staat: Vorrang für Gerechtig-  
keit, Respekt, Gleichstellung, Solidarität:**

225

- Erhalt/Schaffung einer flächendeckenden, qualita-  
tiv angemessenen Infrastruktur in Bereichen des  
alltäglichen Bedarfs wie Mobilität, Kinderbetreu-

230 ung, Bildung, Post- und Finanzdienstleistungen, Ge-  
sundheit. Erhalt des 49€-Tickets und Erhöhung der  
Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonen-  
verkehr. Stopp aller weiteren Privatisierungen und  
Verkäufe staatlichen und öffentlichen Eigentums  
235 in den Bereichen Infrastruktur und Daseinsvorsor-  
ge. In diesen Bereichen auch Rückführungen in  
vollständiges öffentliches Eigentum wie beispiels-  
weise bei Bahn, Post, Telekommunikationsnetzen,  
Energie, Gesundheit. Schaffung eines marktbe-  
herrschenden Korridors öffentlichen Eigentums  
240 in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wie  
soziale Dienstleistungen, Banken und Wohnen.  
Angemessene finanzielle Ausstattung der Kommun-  
nen. Finanzierung durch eine Vermögensabgabe  
und eine Sonderbesteuerung von Krisengewinnen,  
245 beispielsweise im Energie- und Rüstungssektor.  
Reform des öffentlichen Dienstes: angemessene  
Personalausstattung, gesetzlich geregelte Transpa-  
renz, Demokratisierung, geordnete Digitalisierung  
über alle staatlichen Ebenen hinweg. Dadurch mehr  
250 Bürgerfreundlichkeit, bessere Rechtsdurchsetzung  
bei Schwarzarbeit, Steuerdelikten, Geldwäsche,  
Sicherheit und Demokratiegefährdung. Systema-  
tischer, ursachengerechter und zielgerichteter  
Abbau von Bürokratie.

255

- Mindestlohn von 60 % des Medianlohnes nach den  
Richtlinien der EU;
- Tarifbindung von 80%, insbesondere durch ein  
260 neues Vergaberecht mit Tariftreue für alle we-  
sentlichen Teile der gesamten Lieferkette; durch  
ein Zuwanderungsrecht, das die Arbeitserlaubnis

für Beschäftigte aus Drittstaaten an die Tarifbindung des Arbeitgebers und die Zustimmung des Betriebsrates knüpft. Keine Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik. Recht auf arbeitgeberfinanzierte Weiterbildung. Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts. Erfassung und Kontrolle aller Arbeitszeiten, Schließung des „gender pay gap“ und „gender care gap“.

• Paritätische Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 500 Beschäftigten mit erweitertem Katalog an zustimmungspflichtigen Geschäften für Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte.

• Pflege- und Rentenreform: Erwerbstätigenversicherung bei Rente, Rentenniveau 53% ohne Privatisierung, degressiv gestaffelte Übernahme des Arbeitnehmerbeitrags für Geringverdienende durch den Arbeitgeber. Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung für alle Bevölkerungsgruppen und Einkommensarten, mit einer Pflege-Vollversicherung, bei Kapitalerträgen gegebenenfalls mitfinanziert über Steuern.

• Offensive für öffentliche Investitionen, u.a. Schaffung eines Sondervermögens für Infrastruktur; dadurch auch Auslösung und Förderung privater Investitionen, Beteiligung der lokalen/regionalen Bevölkerung an den Entscheidungen und der Wertschöpfung; Transformation und den Bau bezahlbaren Wohnraums; Investition der Rücklagen der Gesetzlichen Rentenversicherung in den Bau bezahlbaren Wohnraums im Eigentum der GRV. Unterstützung der industriellen Transformation

durch staatlich geförderte und gewerkschaftlich mitbestimmte „Transformationscluster“, Förderung einer klimagerechten, nachhaltigen Produktion.  
300 Bindung aller staatlichen Zuschüsse an tarifliche Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und mindestens zehnjährige Standorttreue.

• Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (Beratung,  
305 Beschwerden, Überleitung in das staatliche Rechtssystem) in der Regie der Gewerkschaften für alle Konflikte und Verstöße im Bereich der Arbeitswelt: von Whistleblowing über Nichteinhaltung von Schutzrechten, Mindestlohn und Tarifverträgen,  
310 Union-Busting, Betriebs- und Personalvertretungsrecht...

• Umfassende Steuerreform zugunsten der Arbeitseinkommen zulasten von großen Vermögen und  
315 Spitzeneinkommen. Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts. Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Abgabe ab 1.1.2025 durch ein Klimageld für BezieherInnen mittlerer und geringer Einkommen.

320

325

330

335

### 1. **Internationaler Bereich: Mehr Diplomatie wagen, Handel im Dienst der Gerechtigkeit**

340

- Sofortige diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Nahost.
- Reform der Handelspolitik durch Ausbau des Systems der Klimazölle und Einführung eines Sozialen Grenzausgleichssystems mit Zöllen gegen Lohn- und Sozialdumping, auch als Weiterentwicklung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene und mit einem neuen Ansatz in der WTO (Welthandelsorganisation).

350

355

### **III. Parlamentarische Demokratie leben - Partei von oben her demokratisieren**

- Belebung der parlamentarischen Demokratie: keine einsamen Entscheidungen größerer Tragweite durch kleine Spitzenrunden, rechtzeitige Beteiligung von Fraktion und Partei.

360

- Wiederbelebung und Modernisierung der inner-

365 parteilichen Demokratie: Schluss mit dem Leitungs-  
tragswesen auf Bundesparteitagen, mehr Zeit für  
inhaltliche Debatten, Teilplenen, Transparenz bei  
Personalentscheidungen, Zugang zu Protokollen  
370 von Vorstandsgremien für Vorstandsmitglieder der  
jeweils nächsten Ebene, Kernwählerschaft durch  
Stärkung der strategischen Arbeitsgemeinschaften  
einbinden, Gremienschungel auf Bundesebene  
lichten, analogen Austausch und digitale  
Vernetzung der Parteigremien und -Mitglieder  
375 untereinander ermöglichen und unterstützen.  
Rolle von Haupt- und Ehrenamt klären und zeitge-  
mäß definieren. Satzungsmaßige Regelungen zur  
Bearbeitung und Beantwortung von Beschlüssen,  
Anträgen, Anfragen und deren Berücksichtigung  
380 bei der gemeinsamen Willensbildung der Partei.  
Das alles gilt analog für die Landesebene.